

# Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 20

14. November 1961

Dr. Günther Deitenbeck:

## Lüdenscheid und die Gründung des Deutschen Reiches von 1871

### Der Deutsch-Dänische Krieg 1863/64

Wie der Aufsatz über „Lüdenscheid und die deutsche Einheitsbewegung vor 100 Jahren (1859—1863)“ in diesen Blättern gezeigt hat<sup>1)</sup>, drangen die Auseinandersetzungen um den preußischen Verfassungskonflikt bis in die persönlichen Beziehungen der Lüdenscheider Familien, rührten an weltanschauliche und politische Grundauffassungen und führten zu scharfen persönlichen Gegensätzen. Der beginnende Krieg um Schleswig-Holstein ließ diese Kämpfe in den Hintergrund treten, ohne sie jedoch — wie wir noch sehen werden — beizulegen.

Die Begeisterung für die Herzogtümer hatte in Deutschland nach dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark am 30. Mai 1863 schnell gewaltige Formen angenommen. Voller Ungeduld wartete man auf die Entscheidungen des Deutschen Bundes und der Großmächte und fürchtete nur, daß auch diesmal wie in den Jahren 1848—52 das nationale Recht Schleswig-Holsteins mißachtet werden würde. Ueberall fanden Volksversammlungen statt. Im allgemeinen begeisterte man sich für den Augustenburger als Herzog von Schleswig-Holstein, und auch im Lüdenscheider Wochenblatt v. 5. 12. 63 wurde ein Gedicht abgedruckt, in dem es hieß:

„Die Nacht vergeht, der Tag bricht an,  
Auf Schleswig-Holstein, auf!  
Jetzt oder nie! Jetzt Mann für Mann,  
Steh' auf und brich der Knechtschaft Bann,  
Beginn den Siegeslauf!

.....  
Um deinen Herzog schaar dich her,  
Den hat dir Gott gesandt.  
Umschwillt der Feind dich wie ein Meer,  
Nur kühn hindurch; An Siegen schwer,  
Erreichst du doch das Land.“

Wie an anderen Orten bildete sich auch in Lüdenscheid ein Ausschuß, besonders nachdem das Lüdenscheider Wochenblatt in einem „Mahnruf für Schleswig-Holstein“ dazu und zu Geldsammlungen aufgefordert hatte: „Ihr Männer der einzelnen Orte des Kreises bildet daher rasch Comités und unterzieht euch den Sammlungen. Denn Geld, viel Geld ist nöthig ...“ (LW 19. 12. 63). Es wird jedoch nur von einer einzigen Volksversammlung berichtet, die Anfang Januar 1864 im Saal der Wirtschaft Kettling stattfand und deren einziger Punkt der Tagesordnung eine „Beschlufassung über die Mittel zur Förderung der schleswig-holsteinischen Sache“ war (LW 2. 1. 64). Im ganzen zeigte die Volksbewegung in Lüdenscheid

wie in den meisten anderen preußischen Städten bei weitem nicht die Begeisterung für das Recht der Herzogtümer auf Selbstbestimmung wie es besonders in Süddeutschland an der Tagesordnung war<sup>2)</sup>. Zum Teil lag dies daran, daß in Preußen die Behörden nationalen Kundgebungen wegen des Verfassungskonflikts mißtrauisch gegenüberstanden, während die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten glaubten, die Volksbewegung, die sich eindeutig für die Rechte des Augustenburgers und damit für die Errichtung eines neuen Mittelstaates im Deutschen Bund aussprach, auf diese Weise vor ihren partikularistischen Wagen spannen zu können.

Von nennenswerten Spenden hören wir erst, als aus den Berichten vom Kriegsschauplatz allen deutlich wurde, daß preußische Truppen am Feinde standen<sup>3)</sup>, darunter die 13. Division, zu der 19 Soldaten aus Lüdenscheid gehörten<sup>4)</sup>. Das Bewußtsein, daß Freunde und Nachbarn in Schleswig-Holstein kämpften und die Ehre Preußens auf dem Spiele stand, bewegte jeden, den großen Fabrikherrn wie den kleinen Arbeiter, zu besonderen Opfern. Fast 850 Taler wurden gesammelt — von Einzelspenden abgesehen — und den kämpfenden Soldaten überwiesen. Besonders taten sich die Arbeiter hervor, die in freiwilligen Spenden in den verschiedenen Fabriken allein mehr als 400 Taler aufbrachten<sup>5)</sup>. Der Wert dieser Summe läßt sich ermessen, wenn man weiß, daß damals ein einfaches Einfamilien-Reihenhaus mit Garten ca. 13—1400 Taler kostete (LW 16. 3. 67). Daneben bildeten sich in Preußen durch Stiftung des Kronprinzen Vereine zur Unterstützung der Familien der kämpfenden Soldaten, der Hinterbliebenen und der Kriegsbeschädigten. Auch in Lüdenscheid wurde ein solcher Verein gegründet (LW 27. 2. 64), dem — da es sich um eine Anregung des Herrscherhauses handelte — besonders aus königstreuen Kreisen, z. B. von den Mitgliedern des „Patriotischen Vereins“ namhafte Beträge zuflossen<sup>6)</sup>. Während dieser Zeit entstand auch die erste Ortsgruppe des Roten Kreuzes (LW 9. 7. 64). Die große Opferfreudigkeit versetzt in Erstaunen. Aber im Unterschied zu heute modernen Auffassungen erwartete man Fürsorge für den Nächsten weniger vom Staat als aus der Bevölkerung, aus dem Kreis der Freunde und Nachbarn<sup>7)</sup>, und offensichtlich nicht umsonst.

Von den Soldaten aus dem Kreis Altena wurde nur einer verwundet<sup>8)</sup>. Nach Beendigung des Krieges fand wie an anderen Orten so auch in Lüdenscheid am 18. 12. 64 ein Dankgottesdienst statt „Die Stadt war mit Fahnen geschmückt und abends waren ver-

schiedene Häuser illuminirt. Das Läuten der Glocken und der Donner der Kanonen trugen nicht wenig dazu bei, die Feier des Friedensfestes zu erhöhen“ (LW 24. 12. 64).

Kein Wunder, daß bei dieser Woge patriotischer Begeisterung für die preußischen Erfolge die innerpolitischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund traten und die Sympathien sich den Stimmen zuwandten, die zu rückhaltloser Unterstützung des Königs und seiner Regierung in dieser Zeit besonderer Bewährung aufriefen. Wir hörten schon von der Gründung des „Patriotischen Vereins“, der „für ein starkes Königliches Regiment“ eintrat (LW 27. 2. 64) und die Konservativen unter Führung des Bürgermeisters Nottebohm, sowie der einst führenden Mitglieder des Nationalvereins in Lüdenscheid, W. Turck und C. Basse, und des früher ebenfalls liberalen Leiters der Rektoratschule I. Mayer sammelte<sup>9)</sup>. Die behördliche Unterstützung des Unternehmens war sehr stark. So hören wir, daß in Halver der Polizeidiener Unterschriften für den Verein sammelte (LW 27. 2. 64) und man in Plettenberg versucht hatte, „den Kirchmeister und die Diakonen dahin zu gewinnen, mit einer Liste von Haus zu Haus zu gehen“ (LW 11. 6. 64). Ausdrücklich wurde als Ziel „die Vereinigung aller konservativ gesinnten königstreuen Männer“ angegeben (LW 5. 3. 64). C. Basse hielt einen Vortrag, der zu folgendem Beschluß führte: „Der Verein erkennt es im höchsten Interesse der Landeswohlfaht und Volks-Freiheit in Preußen, gleichwie zur glücklichen National- und Kraftentwicklung Deutschlands als durchaus nothwendig, daß die verfassungsmäßigen Vorrechte des Thrones in ihrer vollen Macht und Stärke erhalten werden. und spricht zugleich sein Vertrauen in die Staatsregierung aus, daß jedem offenen oder verdeckten Frevell gegen die Königliche Freiheit in der Wahl ihrer Räte ... mit der Vollkraft des Gesetzes begegnet werde“ (WA 9. 3. 64). Gleichzeitig wandte sich der Verein aber gegen „jeden ... feudalrevolutionären Uebergriß“ (WA 9. 3. 64), verhandelte über „die nationale Bedeutung des deutsch-dänischen Krieges“ (LW 9. 4. 64) und ließ eine Rede von Schulze-Delitzsch über Schleswig-Hol-

1) „Der Reidemeister“ Nr. 15 v. 9. 11. 1960.

2) vgl. LW 19. 12. 1863.

3) vgl. Strodel, S. 2 f.

4) Aus dem gesamten Kreis gehörten 41 Soldaten zu dieser Division (StA Lüd 1804).

5) StA Lüd 1804 u. LW 14. 5. 1864 u. folg.

6) StA Lüd 1804 u. WA 28. 5. 1864.

7) vgl. LW 16. 7. 1864.

8) WA 28. 5. 64 u. LW 28. 5. 64.

9) s. „Der Reidemeister“ Nr. 15 v. 9. 11. 1960, vgl. auch Strodel, S. 2.



stein verlesen (LW 5. 3. 64). Hier zeigten sich doch deutlich Abgrenzungen gegen eine extrem konservative Haltung und vielmehr Ansichten altliberaler und gemäßigt konservativer Prägung, wie sie in der späteren Freikonservativen Partei vertreten wurden, die sich als Anhänger Bismarcks nach 1866 von den Konservativen trennte. Wie weit der Umschwung der öffentlichen Meinung in Lüdenscheid ging, zeigte sich noch bei den Stadtverordnetenwahlen am 24. 11. 64: alle 6 Gewählten gehörten dieser „konservativen“ Partei an (WA 26. 11. 64). Mit dem Waffenstillstand im Juli 1864 stellte der „Patriotische Verein“ seine Tätigkeit ein. Wir hören danach nichts mehr von ihm. Mancher war aus patriotischer Ueberzeugung beigetreten und erklärte dann — mit dem konservativen Kurs unzufrieden — wieder seinen Austritt<sup>10)</sup>.

Der freisinnig-liberalen Opposition war der „Patriotische Verein“ ein Dorn im Auge. Zur Abwehr seiner Bestrebungen konnte sie jedoch nichts anderes tun, als ebenfalls ihre Art von Königstreue betonen und als die allein richtige hinstellen: „Wahre Liebe zum König zeigt sich, indem man Männer wählt, die furchtlos und aufrecht die Wünsche des Volkes bekanntgeben.“ Die Abtrünnigen von 1863, die früheren Freunde und jetzigen politischen Gegner, hielt man für charakter schwache Fürstendiener und mahnte: „Die heil. Schrift lehrt uns: ‚Ihr sollt Gott mehr gehorchen, als den Menschen‘ und ‚Werdet nicht der Menschen Knechte‘“ (LW 27. 2. 64). Besonders ein Mitglied des „Patriotischen Vereins“ wird angegriffen, indem sogar mit Gedichten seine Ordens- und Titelsucht aufs Korn genommen wird<sup>11)</sup>. Sicherlich zielte das auf W. Turck ab, der in dieser Zeit zum Kommerzienrat ernannt worden war. Jedenfalls spielte W. Turck in dieser Auseinandersetzung eine besondere Rolle, so daß sogar der Lüdenscheider Bürger A. Dedial es für wichtig genug hielt, der Öffentlichkeit mit einer Anzeige im Lüdenscheider Wochenblatt folgende Mitteilung zu machen: „Da ich mit dem heutigen Tage mein Arbeitsverhältnis mit Herrn P. C. Turck Wwe. hier (d. h. W. Turck) aufgelöst habe, erkläre ich gleichzeitig meinen Austritt aus dem „patriotischen Verein.““ (LW 2. 4. 64).

In Uebereinstimmung mit dem Nationalverein traten die liberalen Kräfte in Lüdenscheid in der schleswig-holsteinischen Frage zuerst für den Augustenburger ein und standen dem Zusammengehen Preußens mit dem reaktionären Oesterreich voller Mißtrauen gegenüber. Sie sahen „diese erbitterten Gegner Arm in Arm nach Holstein wandern, um eine Frage zu lösen, die ganz und gar eine Ehren- und Herzenssache für das deutsche Volk geworden ist“ (LW 2. 1. 64), und bezeichneten das Bündnis als unvereinbar mit den beiderseitigen Interessen und — wie die Geschichte später auch zeigen sollte — als wenig dauerhaft (LW 3. 9. 64). Die Abneigung gegen das einseitige Vorgehen Preußens und Oesterreichs war sogar so stark, daß Sammlungen für die Soldaten boykottiert wurden und eine „vom Frauenverein übernommene Sammlung durch Opposition einiger Frauen demokratisch gesinnter Männer ins Stocken gerieth.“<sup>12)</sup> Mit der Volksbewegung für Schleswig-Holstein richteten sich auch die Augen der Liberalen in Lüdenscheid voller Hoffnung auf die Mittelstaaten, „die man bisher als das größte Hindernis für Deutschlands Ehre und Würde betrachtet“ hatte (LW 2. 1. 64). An die große Kompliziertheit der schleswig-holsteinischen Frage, in der nationale, dynastische, verfassungs- und völkerrechtliche Probleme sich zu einem kaum entwirrbaren Knäuel verfilzt hatten, dachte man nicht, glaubte auch wohl, alle Probleme mit dem Schwert lösen zu können. Deutlich zeigt dies ein Gedicht, das am 16. Januar 1864 im Lüdenscheider Wochenblatt erschien:

„Und wieder steigt ein Morgenroth  
Empor dem deutschen Volke,  
Und wieder seinen Gruß entbot  
Es aus der Feuerwolke.  
Es naht der Tag! Es naht der Tag!  
Wird er dich einmal finden wach,  
O Deutschland, und gerüstet?“

Und wieder geht ein Ruf durchs Land,  
zu schützen Deutschlands Grenzen.  
Hoch an der Nord- und Ostsee Strand  
Schon sieht man Waffen glänzen.  
Es ruft's so laut, es ruft so laut:  
Hurrah! du scharfe Eisenbraut,  
Willst du nicht aus der Scheide?

Und wieder braust's im Wettersturm  
Nach lang verhalt'nem Grimme.  
Und wieder von dem hohen Thurm  
Erschallt der Wächter Stimme:  
Der Feind ist da! Der Feind ist da!  
Ihr Söhne der Germania,  
Die Mutter gilt's zu rächen.

Und wieder der Verräter nah,  
die Zwietracht anzustiften.  
Und wieder ist die Schlange da,  
Das Herz euch zu vergiften!  
O haltet Wacht! O haltet Wacht!  
Ihr Söhne Teuts. noch eine Schlacht —  
Und Deutschland ist befreiet.“

Es ist in diesen Blättern schon darauf hingewiesen worden, daß die nationale Bewegung im 19. Jahrhundert eines aggressiven Zuhs nicht entbehrte und leicht in „heldenmütige“ kriegerische Begeisterung verfiel, ohne sich nüchtern über die Konsequenzen eines Krieges im Klaren zu sein<sup>13)</sup>. Dieses Gedicht nun zeigt den nicht seltenen, etwas nebulösen Hang zur altgermanischen Mythologie voll Treue und möglichem Verrat, voll Heldentum und Onfermut, wie sie in jenen Jahren in Richard Wagner ihren Sänger fand und dann in unserer Zeit so fürchtbar und verhängnisvoll praktiziert werden sollte. Kurz vorher war im preußischen Abgeordnetenhaus der Satz gefallen: „daß das alte germanische Blut sich vor dem Kriege nicht fürchtet.“ (LW 5. 12. 63). Auch diese Züge und ein emphatischer Hurratriotismus waren in der liberalen und nationalen Bewegung anzutreffen und fanden auch hier ihren Antipoden in der nüchternen Staatskunst Bismarcks. Dies Gedicht zeigt aber auch, wie sehr Bismarcks Wort von „Eisen und Blut“ dem Denken der damaligen Zeit entsprach, vor dessen bedenkenloser und unüberlegter Anwendung Bismarck im Gegensatz zu der obigen Anschauung jedoch warnte<sup>14)</sup>.

Mit den Erfolgen der preußischen Waffen forderten auch die Liberalen in Lüdenscheid den engeren Anschluß der Herzogtümer an Preußen (LW 11. 6. 64), später sogar die Annexion. Jedoch sollte „jener charakterfeste Mann an den Nordmarken sich selbst für einen Anschluß an den mächtigsten deutschen Staat erklären.“ Denn Preußen kann nicht Gut und Blut für die Schöpfung eines Kleinstaates hingegeben haben, der aus natürlichem Selbsterhaltungstrieb nur die Zahl seiner Gegner vermehren würde... aber das

steht wohl fest, daß aller Widerstand leichter zu besiegen wäre, wenn das Ministerium die Frage im nationalen Sinne aufgefaßt und sich an die Spitze der Bewegung in Deutschland gestellt hätte, ... wenn es in Preußen selbst solche Zustände zu schaffen wüßte, daß die Schleswig-Holsteiner sich mit Freuden unter die Fittige des preußischen Adlers flüchteten ...“ (LW 30. 12. 65). Der preussische Sieg füllte auch das Herz des Berichterstatters im Lüdenscheider Wochenblatt mit Stolz auf die preußischen Waffen: „Das Jahr 1864 hat dem staunenden Europa und dem preußischen Volke selber gezeigt, ... welche Zucht und Ordnung ... in einer Armee schlummert, die aus den wehrhaften Söhnen des ganzen Volkes zusammengesetzt ist und von wissenschaftlich gebildeten Offizieren gelenkt wird. Hoch auf jauchzt das Herz des preußischen Volkes!“ (LW 31. 12. 64 „Rückblick“). Nachträglich ist auch dem Schreiber des Rückblicks auf 1864 klar, daß von den Mittelstaaten nichts zu erwarten war: „... ihre mit so großer Eifersucht bewahrte Selbstständigkeit ist nur ein hohler Schein. Das ist die heilsame Wahrheit, welche das Jahr 1864 den deutschen Stämmen und Stammesfürsten zu Bewußtsein gebracht hat.“ Und sogar Bismarck findet Anerkennung: „Herr von Bismarck hat das Verdienst, die Haltlosigkeit der Bundesverfassung, das Mißverhältnis zwischen der Machtstellung und dem Stimmrechte, zwischen dem Willen und Können der Mittelstaaten, durch geschichtliche Thatsachen zu constatiren ...“ Aber so sehr auch die Liberalen in Lüdenscheid den außenpolitischen Weg der Regierung als richtig anerkannten, in der Innenpolitik blieb es „bei der prinzipiellen Verschiedenheit der Standpunkte ... Mit dem Herzen stand ... (das Preußische Volk) zum gemißhandelnden Bruderstamme, mit seiner Rechtsüberzeugung zum Abgeordnetenhause.“ Die patriotische Begeisterung wurde begrüßt. Aber es sei ein Irrtum, anzunehmen, „daß der kriegerische Ruhm den inneren Fragen den Stachel genommen hätte.“ Wiederum wird aber von der weltgeschichtlichen Aufgabe gesprochen, die das Ministerium Bismarck noch zu erfüllen habe, die u. a. darin liegen soll, „... mit scharfen Linien die unüberschreitbare Grenze (zu) zeichnen, wo sich der Einfluß der Macht und die Unbeugsamkeit des Volkscharakters berühren ... Den Namen Preußen hat es groß gemacht und bewiesen, was dasselbe allein zu leisten vermag, geschweige denn an der Spitze Deutschlands. Der Glaube an diese Mission söhnt uns mit der Gegenwart aus“ (LW 31. 12. 64 „Rückblick“). Anerkennung und Unterstützung der Politik Bismarcks nach außen, Wahrung der liberalen Grundsätze im Innern, — das war die politische Konzeption der Liberalen in Lüdenscheid Ende 1864. Treue zu den eigenen politischen Prinzipien und beginnende Bewunderung der genialen Staatskunst Bismarcks zeigen das Dilemma, in dem sich 1 1/2 Jahre nach der Gedenkfeier v. 17. März 1863 zur Erinnerung an 1813 und 1763 auch die überzeugten Liberalen schon befanden. Im tiefsten Grunde waren sie unsicher geworden, „ob ihre überscharfe Kritik an der Politik Bismarcks berechtigt sei“<sup>15)</sup>.

## Das Jahr 1865

Gestützt auf die militärischen Erfolge und die patriotische Begeisterung des preußischen Volkes erwartete die Regierung Ende 1864, daß es zu einer Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus kommen würde (LW 14. 1. 65), und sogar die liberale Elberfelder Zeitung hielt eine versöhnliche Haltung der Abgeordneten für möglich (LW 7. 1. 65). Aber schon am 24. Januar 1864 hielt der Abgeordnete Twesten eine Rede, in der er erklärte, daß „alle Parteien im Lande über die Erfolge unserer Waffen einig (seien);

dies könne aber das Volk nicht bestimmen, auf seine Rechte zu verzichten. Der Weg der Regierung führe zum Cäsarismus. Das Haus ... halte fest an den Rechten des Lan-

10) so in Halver (LW 2. 4. 1864).

11) LW 12. 3. u. 2. 4. 1864.

12) StA Lüd 1864.

13) „Der Reidemeister“ Nr. 15 v. 9. 11. 1960, S. 4.

14) vgl. Mommsen, Bismarck, S. 71, u. Becker, Bismarcks Ringen, S. 106.

15) Mommsen, Bismarck, S. 85.



des und suchte für die Zukunft zu retten, was zu retten sei" (LW 28. 1. 65). Je mehr die Erfolge der Waffen für die Regierung sprachen, um so mehr zogen sich die Liberalen auf den Rechtsstandpunkt zurück, den sie mit noch größerer Erbitterung verteidigten (LW 30. 12. 65 „Rückblick“). „Das Abgeordnetenhaus kann und darf unter keinen Umständen auf das gute Recht des Landes verzichten; mögen die Folgen für unsere Verfassung und für unsere inneren Zustände zunächst sein, welche sie wollen ... Ein Volk, welches in dem Kampfe um sein Recht nicht verzagt, sondern fest ausharrt, muß endlich den Sieg davon tragen" (LW 7. 1. 65). Wie sehr die liberalen Lüdenscheider dasselbe dachten, zeigt ein Gedicht, das zur Erinnerung an den Marschall Blücher und die Schlacht von Waterloo im Lüdenscheider Wochenblatt v. 17. 6. 1865 aus den Kreisen der Bevölkerung erschien. Seine letzten Strophen lauten:

„Die Macht von Bajonetten  
Zerstob wie leichter Flor,  
Und aus zerbroch'nen Ketten  
Stieg stolz das Recht empor.  
Hoch kann die Macht erheben  
Zu Glanz, dem keiner glich,  
Doch nur zu dauernd Leben,  
Hat sie das Recht für sich.

Das ist die hohe Deutung:  
Macht steht nie über Recht'.  
Das dieses Tags Bedeutung  
Für's kommende Geschlecht.  
Drum klingt mein Lied zum Preise  
Wie's Hohem klingt nur so,  
Euch tönt es Heldengreise  
Der Schlacht von Waterloo."

Dieser Glaube an das Recht hat etwas Eingreifendes an sich in seiner weniger aus

der Kühnen Überzeugung als aus Instinkt und Glaube geborenen Überzeugung, daß im Leben der Völker Recht vor Macht gehen muß, wenn auch die Bereitschaft, im Sinne des „Fiat iustitia pereat mundus“ den Kampf ohne Rücksicht auf die Folgen zu führen, über die Wirklichkeit des Lebens wieder hinauschießt. Die Ereignisse des Jahres 1866 sollten hier manches ändern. „Fast einzig und allein“ konzentrierte sich der Widerstand auf die Militärfrage, an der sich der Verfassungskonflikt entzündet hatte (LW 18. 11. 65). Hier glaubte die Opposition sogar die Erfahrungen des letzten Feldzuges auf ihrer Seite zu haben, denn im Kriege spiele die Länge der Ausbildungszeit keine Rolle. Der Bericht der Handelskammer Lüdenscheid von 1864/65 wird scharf angegriffen: „Würden einige politische Auslassungen, die doch weiter nichts als persönliche Ansichten des Verfassers sind, daraus entfernt, so könnte Jeder, gleichviel welcher politischer Ansicht er huldigt, denselben unterschreiben ... Soll und muß einmal in dem Bericht von Politik die Rede sein, dann wünscht der Handelsstand, dessen gewählte Vertretung die Handelskammer ist, die Ansichten ausgesprochen, die er in seiner großen Mehrheit schon wiederholt in zweifelloser Weise ausgesprochen hat" (LW 30. 9. 65). Diese Attacke wird sofort verständlich, wenn wir uns die Mitgliederliste der Handelskammer für 1864/65 ansehen: W. Turck war der Vorsitzende, und zu den Mitgliedern gehörte u. a. C. Basse. Beide aber hatten 1863 die liberale Überzeugung „verraten“ und den „Patriotischen Verein“ unterstützt. Ueber diese innenpolitischen Kämpfe tritt sogar das Interesse an der weiteren Entwicklung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen in den Hintergrund, so daß seine Zuspitzung und der vorübergehende Ausgleich im Vertrag zu Gastein nur kurz erwähnt werden (LW 12. u. 19. 8. 65). Zu größeren politischen Auseinandersetzungen kommt es in Lüdenscheid im Jahre 1865 jedoch nicht mehr.

## Der Krieg von 1866

Der Jahrgang 1866 des Lüdenscheider Wochenblattes ist nicht erhalten. Damit fehlt uns eine wichtige Quelle für die Haltung der Lüdenscheider Bevölkerung zu den Ereignissen dieses Jahres. Sie läßt sich aber zum großen Teil aus den Quellen des folgenden Jahres rekonstruieren<sup>16)</sup>. So berichtet das Lüdenscheider Wochenblatt v. 5. Januar 1867 in seinem Rückblick auf das Jahr 1866, daß bei der Zuspitzung der Lage zwischen Oesterreich und Preußen „im preußischen Volke ... die Stimmung durchaus nicht kriegerisch“ war. Denn es war ja ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, „ein Bruderkrieg, der auszubrechen drohte ... Außerdem glaubte man allgemein, daß Preußen ... den vereinten Kräften Oesterreichs und Deutschlands nicht gewachsen sei. Endlich war man der Ansicht, daß das Ministerium, um die Reorganisation durchzuführen und inneren Schwierigkeiten zu beseitigen, diesen Kampf heraufbeschworen habe, und namentlich versah man sich von der Kühnheit des Herrn Ministerpräsidenten das Schlimmste“. Deshalb kamen Aufforderungen zum Frieden aus allen Teilen des Landes. Wieder, wie im schleswig-holsteinischen Krieg, brachte der Ausbruch des Krieges einen Umschwung. Als das Schicksal Preußens auf dem Spiele stand und die eigenen Väter und Brüder gegen den Feind ausrückten, „schwand die Differenz zwischen Regierung und Volk, da schwanden die Schranken der Partheien; die erbittertsten Gegner reichten sich zu brüderlichem Zusammenwirken die Hand“. Und als die Nachrichten über die großen Erfolge der preußischen Waffen kamen, kannte die Bewunderung der Leistungen und „des großartig angelegten Plans“ keine Grenzen. „Von

Haus zu Haus und allerwegen brach der schon mit der Mobilmachung neu erwachte Geist des brüderlichen Wohlwollens, der Hilfsbereitschaft und des Opfermutes durch alle Schranken und was sich seit 4, 5 Jahren entfremdet und kalt gegenüber gestanden, das verband der furchtbare Ernst des Krieges mit solchen Thaten der harmonischen Willenskraft in wenigen Tagen zur allbefreundeten Gemeinschaft an der heiligen Flamme der patriotisch-nationalen Begeisterung<sup>17)</sup>. Wieder bildeten sich Vereine, um für die Soldaten, für die Verwundeten und Hinterbliebenen Sammlungen an Geld und Sachspenden durchzuführen (LW 29. 6. und 28. 9. 67), die den Ergebnissen des Jahres 1864 sicherlich nicht nachstanden. Der örtliche Verein vom Roten Kreuz trat auf den Schlachtfeldern von Laufach, Frohnhofen, Aschaffenburg und in den Lazaretten zu Frankfurt/Main in Tätigkeit (LW 28. 8. 67). Von den eingezogenen Bürgern der Stadt fiel einer bei Skalitz, drei starben an der Cholera<sup>18)</sup>. Der Jahrestag der Schlacht von Königgrätz wurde von den Lüdenscheider Volksschulen am 3. Juli 1867 festlich begangen (LW 6. 7. 67) und ein gleichzeitig im Lüdenscheider Wochenblatt v. 29. Juni 1867 erscheinendes Gedicht spiegelt die Gewißheit wider, daß mit Königgrätz eine für die Entwicklung zur deutschen Einheit entscheidende Schlacht geschlagen war:

Zum 3. Juli 1866

Dir tön' mein Lied im Feierklange  
Dir Tag, der Hohes in sich trug,  
An dem das Volk im Heldengange  
Die große Schlacht der Freiheit schlug.

Der Freiheit, die dem weiten Lande,  
Wo's deutsche Lied so mächtig klingt,  
Zum lang ersehnten Einheitsbände  
Den ersten Stein zum Baue bringt.

Laßt uns im heut'gen Jubelschalle,  
Die fern sich standen in Partheien,  
Laßt uns in einem Streben alle  
In einem Wunsche einig sein:

'Helft an dem großen Werke bauen,  
Am ein'gen Deutschland stark und frei,  
Daß dieser Jugendtraum zu schauen  
Uns allen noch beschieden sei."

Das Gedicht ist mit „...t.“ gezeichnet. Die Verfasserschaft des Lüdenscheiders Ph. Schwarzhaupt liegt daher nahe<sup>19)</sup>.

## Der Norddeutsche Bund

Was die letzte Strophe des Gedichtes forderte, stand nun im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns aller nach der Einigung strebenden Männer. Es war verständlich, daß die Lüdenscheider Bürger, die seit 1863 auf die Linie der Regierung eingeschwenkt waren, nun triumphierten. Der Bürgermeister Nottebohm und der Kreis um W. Turck und C. Basse sahen ihre Auffassung vom Gang der politischen Ereignisse bestätigt. Der Bericht der Handelskammer von 1866/67 zeigte deutlich die Genugtuung über diesen Gang der Dinge: „... als ... die kriegerische Jugend, von dem altpreußischen Militär-Geiste beseelt in wenigen Tagen den Feind zu Boden schlug und das ganze Land mit Sieges-Jubel erfüllte; da zerrissen alle Fesseln der im Mißtrauen und Doctrinarismus erkalteten Herzen. Die Belehrung ... war zum Verständniß des kühnen weisheitsvollen Geistes der jetzigen Führung zu gewaltig ergreifend, um der unseligen Gehässigkeit und Zerklüftung in den bürgerlichen Kreisen über constitutionelle Theorien nicht ein ernstes Schweigen zu gebieten, ... und in dem geistigen Kampfe der politischen Meinungen wieder das in allen Schichten des Volkes tief und fest eingewurzelte Vertrauen zu unserer gottgesegneten Herrscher-Hause vorwalten zu lassen!“<sup>20)</sup> Auch die eigene frühere Mitgliedschaft zum Nationalverein und die schon 1863 erfolgte Trennung läßt sich jetzt begründen: „Der National-Verein hat gewiß wohl die für des geliebten Vaterlandes Macht und Ehre so nothwendige Reorganisation warm und ehrlich erstrebt, aber mit aller hinreißenden Macht der Tribüne doch nichts Wesentliches erreichen können, weil er zu sehr von demokratischen Phantasien durchdrungen war und es gar nicht verstanden hat, das große Ziel von dem Zwietrachtsgewirre der Partheisucht rein und frei zu erhalten ... ein reeller Fortschritt auf dem Wege friedlicher Verständigung blieb dunkel und fern in die Zukunft verwiesen. Da zur rechten Stunde ist am deutschen Himmel das allein rettende Gestirn erschienen und die Zeichen eiserner Willenskraft und der entschlossenen Energie haben rasch wie ein elektrisches Feuer alle guten Geister beseelt und die Sehnen und Nerven mit Heldenmuth erfüllt<sup>21)</sup>. Und dann wird Preußen, der König und seine Regierung gepriesen: „... man weiß nicht, ob vorzugsweise die kerngesunde Organisation im ganzen Preußischen Staatswesen, der Heldengeist Friedrichs des Großen, die Alles beherrschende Umsicht und Genialität der jetzigen Regierung, oder der erhabene Einfluß König Wilhelms Seine tapferen Strei-

16) vgl. auch Strodel, S. 3 f.

17) HK 1866/67, S. 2.

18) StA Lüd 1807.

19) vgl. u. S. 8 das Gedicht zum deutsch-französischen Krieg 1870/71.

20) HK 1866/67, S. 1.



ter zu solchem siegesgewissen Todesmuthe beseelte<sup>21)</sup>. Diese sehr konservativ klingenden Worte dürfen uns nicht vergessen lassen, daß Leute wie W. Turck und C. Basse liberalen Gedankengängen durchaus zugängliche waren, wie es ihren wirtschaftlichen Interessen entsprach und ihre Zugehörigkeit zum Nationalverein bewiesen hatte. Was sie von den extremen Liberalen unterschied, war die Ablehnung politischer „Prinzipienreiterei“ und die Fähigkeit der Anpassung an die einmal gegebenen politischen Verhältnisse. Ihre Gegner warfen ihnen Opportunismus vor. Auf jeden Fall dachten sie nüchtern und kühl — trotz des pathetischen Stils — und waren wie die Konstitutionellen in der Revolution 1848/49 „ganz und gar realpolitisch bestimmt“<sup>22)</sup>. Ihre nüchterne, vom Wirtschaftlichen bestimmte Anschauung ist auch im Bericht der Handelskammer festzustellen: „... der einzige Weg... ist: die Bedingungen der materiellen Wohlfahrt unter grundsätzlicher Beherrschung alles hemmenden und verwirrenden Doctrinarismus zu fördern“<sup>23)</sup>.

Der triumphierende Stolz der abtrünnigen Liberalen mußte auf diese selbst wie ein rotes Tuch wirken. Trotz der Geschehnisse seit 1866 war der Groll nicht begraben: „... der Verfasser (des Berichtes der Handelskammer) benutzt die Gelegenheit, um sich recht weidlich auf dem Felde der Politik herumzutummeln und theilt rechts und links politisch anders Denkenden Ohrfeigen aus, von denen eine genügende Anzahl ihre Heimath nicht zu verlassen braucht, ja einige in der Handelskammer selbst Unterkommen finden können“ (LW 23. 11. 67). Offensichtlich gab es in der Handelskammer auch Fortschrittlich-Liberale, wenn auch in der Minderheit. Zu ihnen gehörte sicherlich H. Noelle jr., der — wie wir sahen — Mitglied des Kreises um Aug. Noelle war<sup>24)</sup>. Diese Liberalen mußten zugeben, daß die Gründung des Norddeutschen Bundes nach 1866 ihre kühnsten nationalen Hoffnungen übertroffen hatte. Für sie war der Tag der Einigung ganz Deutschlands ohne Oesterreich nicht mehr fern, „von der schon die Edelsten und Besten der Nation zu Anfang dieses Jahrhunderts träumten, die einem v. Stein, E. M. Arndt und Anderen ein Ideal schien, das schwerlich je verwirklicht werden könne, während ein genialer Staatsmann, wie Graf Bismarck unbestritten ist, Norddeutschland völlig gewinnt und schon den Grund zur Gewinnung des Südens für diese Einheit gelegt hat“ (LW 6. 7. 67). Die Anerkennung der staatsmännischen Leistung Bismarcks zeigt die innere Krise, in der sich die Fortschrittspartei in Lüdenscheid wie in ganz Preußen nach 1866 befand. Von der Fortschrittspartei trennten sich jetzt die Nationalliberalen, die ihre liberalen Grundsätze zurückstellten und die Politik Bismarcks unterstützten<sup>25)</sup>. Die Fortschrittspartei blieb ihren alten Prinzipien treu. Aber ihre Anhänger versuchten, sich mit „staatsmännischem Blicke auf den Boden der Thatsachen...“ zu stellen (LW 5. 1. 67 „Rückblick“). In dem Zwiespalt zwischen liberaler Überzeugung und nationaler Begeisterung waren sie der Regierung dankbar, die dem „Volke die Hand zum Frieden reichte und in einer umfassenden Amnestie den Schleier der Vergessenheit über die Vergangenheit warf“ (LW 5. 1. 67). Es befriedigte sie, daß die Regierung das Parlament um Indemnität aller ohne Zustimmung des Parlaments erlassenen Gesetze ersuchte und damit den ersten Schritt zur Versöhnung tat. Die Liberalen suchten das Unbegreifliche zu erklären, wie gerade dieses reaktionäre Ministerium Bismarck ihre nationalen Ziele verwirklichte. „Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Vergrößerung und bessere Schlagfertigkeit des Heeres gerade zur Lösung der deutschen Frage und des dazu unvermeidlichen großen Krieges, dessen Ausdehnung nicht abzusehen war, bedingt wurde. Der Dualismus... mußte in Deutschland gebrochen werden... Unsrer Regierung konnte, das wird Jeder Unbefangene

zugestehen müssen, den wahren Grund der Vergrößerung der Armee und die mögliche Nähe einer militärischen Action, der Kammer nicht offen eingestehen und selbst vertraulich nicht mittheilen, da bei der starken Gereiztheit, die sehr zweifelhaftes Geheimhaltung selbst vorausgesetzt, eine Einigung doch nicht herbeigeführt worden wäre. Politisch unklug, und wahrscheinlich das ganze Ziel gefährdend, würde es gewesen sein, wenn Graf Bismarck die sämtlichen Fäden seiner Combination veröffentlicht hätte...“ (LW 10. 8. 67). Und im „Rückblick“ zu 1866 heißt es im Lüdenscheider Wochenblatt vom 5. Januar 1867: „Der Plan, welchen das Ministerium damit verfolgte, daß es am Vorabende großer Ereignisse so schroff auftrat, ist noch in tiefes Dunkel gehüllt. Sollte der immer heller auflodernde Zwist die Gegner Preußens über seine innere Kraft täuschen?“ Bis in die Gegenwart ist dieses Bismarckbild des vom politischen und militärischen Erfolg überwältigten Liberalen, das den Staatsmann als skrupellosen Politiker zeigt, der seiner Politik von vornherein im Geheimen als Ziel die kriegerische Auseinandersetzung mit Oesterreich stellte, vielfach maßgebend gewesen, während die neuere Forschung eine ganz andere, auf einen Ausgleich mit Oesterreich gerichtete Konzeption sichtbar gemacht hat<sup>26)</sup>. Schlimmer noch als diese Mißdeutung der Bismarckschen Politik sollte es jedoch sein, daß die Liberalen als Vorkämpfer der nationalen Bewegung aus diesem Sieg einer

ihrer Meinung nach gerissenen, nur auf die Macht sich gründenden Politik die Lehre zogen, Politik überhaupt sei Verschlagenheit und Gewaltanwendung. Der idealistische Zug in der liberalen Opposition war getroffen. Auch im Lüdenscheider Wochenblatt, dem Vorkämpfer der liberalen Ideen, trat „seit der blutig errungenen Versöhnung von 1866 die Aufgabe nützlicher, sittlicher und aufklärerischer Einwirkung unter Vermeidung leichtfertiger Abstraktion immer mehr in Herrschaft...“<sup>27)</sup>.

Auffällig ist, daß das Ergebnis von 1866 d. h. der Sieg über Oesterreich und die Errichtung des Norddeutschen Bundes eher noch als gewaltiger und bedeutender empfunden wurden als im Januar 1871 die Gründung des Deutschen Reiches. „Das Jahr 1866 ist eins der denkwürdigsten in der preußischen u. deutschen Geschichte und stellt sich ebenbürtig neben die Jahre 1701, 1763 und 1815“ (LW 5. 1. 67). Allgemein war der Eindruck, daß jetzt die Entscheidungen gefallen waren und der Anschluß Süddeutschlands nur eine Frage der Zeit sein konnte. „... der erste Stoß europäischer Erschütterungen wird die noch widerwilligen süddeutschen Stämme in unsere offenen Arme führen“ (LW 5. 1. 67). Im neuen Gebäude des Norddeutschen Bundes erwarteten nun die Liberalen als erstes einen Ausbau der Bundesverfassung in ihrem Sinne, während die „Realpolitiker“ von der Handelskammer in Lüdenscheid eine aktive Kolonialpolitik forderten<sup>28)</sup>.

## Die Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstag

Was sich nach dem deutsch-dänischen Krieg ereignet hatte, vollzog sich jetzt wieder: Mit dem zeitlichen Abstand von den Kriegereignissen und den herannahenden Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstag besannen sich die liberalen Lüdenscheider auf ihre alten Grundsätze. Für sie ging es nun darum, die Verfassung des Norddeutschen Bundes in möglichst freisinniger Weise zu gestalten. Das bedeutete keine Entscheidung für eine bestimmte Richtung der Liberalen<sup>29)</sup>. Wie wir schon sahen, traten besonders in der ersten Zeit nach dem siegreichen Krieg nationalliberale Gedankengänge auf, aber dann wurden wieder die Forderungen der Fortschrittspartei unterstützt<sup>30)</sup>. Für die erstrebte Vereinigung mit den süddeutschen Staaten wird eine Verfassung verlangt, die sie zum Beitritt lockt. Darunter verstanden die Lüdenscheider Liberalen eine „kräftige Centralgewalt“, der „aber ein freies Parlament zur Seite stehen (muß), damit auch für die Freiheit im Innern die nöthigen Bürgschaften gegeben sind. Kein Reichsgesetz ohne die Genehmigung des Parlaments“ (LW 19. 1. 67 „Zu den Parlamentswahlen“). Der Schwerpunkt soll also beim Parlament liegen, die Einzelstaaten weitgehend ihre Eigenständigkeit verlieren<sup>31)</sup>. Das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht wurde begrüßt, denn „bei der geheimen Stimmgebung (kann) keine Behörde, kein Arbeitgeber unsere Wahl mehr kontrolliren...“ (LWLW 19. 1. 67). Eine logische Folge war die Forderung nach Diäten für die Abgeordneten, um das passive Wahlrecht ebenfalls von jeder Beschränkung zu befreien (LW 26. 1. 67). Darin zeigte sich besonders der Unterschied zu den Nationalliberalen, die in ihrem Gründungsprogramm das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als bedenklich bezeichneten<sup>32)</sup>. Nicht die nationale Einheit war das letzte Ziel, sondern die Freiheit: „Durch Einheit zur Freiheit ist unser Satz“ (LW 19. 1. 67). Deshalb sollten die Grundrechte der Reichsverfassung von 1849 übernommen werden. Ohne Gewähr dieser Freiheiten und der vollen Verantwortlichkeit der Minister sollten keine Rechte vom preußischen Abgeordnetenhaus auf den neuen Reichstag übertragen werden (LW 26. 1. 67).

Der sich als „Volkspartei“ bezeichnenden Gruppe demokratischer Liberaler standen im Wahlkampf die „Konservativen“ gegenüber. Damit waren weniger die Vertreter einer ausgesprochen konservativen Haltung gemeint, sondern die Regierungstreuen schlechthin<sup>33)</sup>. Zum erstenmal beteiligte sich auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein an der Wahl. Kandidat der „Volkspartei“ war Pastor Florschütz aus Iserlohn, der durch seine publizistische Tätigkeit seine liberale und soziale Gesinnung gezeigt hatte<sup>34)</sup>. Die regierungstreuen Kreise einigten sich auf den konservativen Regierungspräsidenten v. Holzbrinck in Arnsberg, dessen Kandidatur in Lüdenscheid von den Vertretern der Behörde und den Männern um W. Turck und C. Basse unterstützt wurde. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stellte W. Hasenclever aus Halver auf. Ueber ihn und die sozialistische Bewegung werden wir noch weiter unten hören.

Wie im Herbst 1864 stellte sich auch dieses Mal die Mehrheit der Wähler hinter die Regierung. Außerdem war ihnen das große Werk der Einigung wichtiger als Verfassungsfragen. Treffend gibt dies ein Gedicht im Lüdenscheider Wochenblatt v. 2. Februar 1867 wieder:

21) a. a. O., S. 3.

22) Schulte, Volk u. Staat, S. 243.

23) HK 1866/67, S. 6.

24) „Der Reidemeister Nr. 15 v. 9. 11. 1960, S. 8.

25) s. Mommsen, Parteiprogramme, S. 47; vgl. auch LW 10. 8. 1867 „Eingesandt“.

26) z. B. die Werke von O. Becker und W. Mommsen über Bismarck, H. v. Srbik: Die Schönbrunner Konferenzen im August 1864, und R. Stadelmann: Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik.

27) HK 1868/69, S. 83.

28) HK 1866/67, S. 35.

29) vgl. LW 5. 1. 1867: Bericht über eine Versammlung liberaler Bürger am 30. 12. 1866.

30) s. die Artikel im LW Jg. 1867.

31) vgl. LW 25. 2. 1871 „Auf zu den Wahlen“.

32) s. Mommsen, Parteiprogramme, S. 48.

33) vgl. LW 25. 2. 1871 u. folg.: Die von den Liberalen als „konservativ“ bezeichneten Kreise sprachen sich für den jetzt als „nationalliberal“ bezeichneten Overweg aus.

34) Schulte, Volk u. Staat, S. 317 f u. S. 775 sub „Florschütz“.



## „Zu den Wahlen.

„Ihr kommt zur Wahl doch, lieber Oehm?  
„Tar Wahl? Ik? Nee, wat sall ik wählen?  
Ik bliwe leiwer still dāheam,  
Will mik med Poetik nich quālen. —  
„Ja, aber doch das Parlament!  
„O wat, dat sall mik all nich scheeren!  
Dat Parlament is bāl am End,  
Da mag ik reine niks van hören.“

„Les't Ihr denn nicht das Wochenblatt?  
Wißt nicht, um was es jetzt sich handelt?  
Wie alles sich verändert hat?  
Wie alles neu und umgewandelt?  
„Ik weat recht gued wall, wie et steht,  
Dat süht me ja wall, wat se wellen;  
Doch wat se daut und wie et geht,  
Dat sall am Bismarck wall vertellen.“

.....  
„Ich seh', mit Euch ist gar nichts los,  
Nein, hier ist wahrlich nichts zu machen;  
Ob auch die Zeit so riesengroß,  
Ihr bleibet klein in allen Sachen.“

## Die Wahlen zum 1. (gesetzgebenden) Reichstag

Mit der Annahme der Verfassung war die Aufgabe des verfassungsgebenden Reichstags erledigt. Neue Wahlen für den ersten (gesetzgebenden) norddeutschen Reichstag wurden für den 31. August 1867 ausgeschrieben. Die Liberalen der „Volkspartei“ kannten die Gründe für ihre Niederlage: „Bei der vorigen Wahl war bei einem großen Theile der Wähler die Besorgniß vorwiegend, es möchte das so oft gescheiterte Einigungswerk an den größeren Anforderungen der liberalen Parteien scheitern und so das Volk um das Resultat seiner großen Opfer gebracht werden. Aus dieser Ansicht war die letzte Wahl hervorgegangen“ (LW 27. 7. 67). Aber der Norddeutsche Bund war nun fest gegründet. Der gewählte Abgeordnete v. Holzbrinck hatte sich zum äußersten rechten Flügel der Konservativen gehalten. Das war sicherlich nicht im Sinne der Mehrheit seiner Wähler. Negativ war für die Liberalen, daß seit den Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstag „die liberale Parthei sich gegenwärtig in verschiedenen Schattirungen spiegelt, während dieselbe damals als ein geschlossenes Ganzes aufgetreten war“ (LW 10. 8. 67). Das war auch der Fall im Wahlbezirk Altena-Iserlohn. Da die Liberalen sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, stellten sie schließlich 3 zur Wahl. In Lüdenscheid war dies sicherlich mit ein Grund für die schwache Wahlbeteiligung, die kaum 50% betrug (LW 7. 9. 67), und für den unentschiedenen Ausgang der Wahl. Zwischen dem wieder von den „Konservativen“ aufgestellten Kandidaten v. Holzbrinck und dem liberalen Kandidaten H. Kreutz, der schon seit Jahren den Wahlbezirk im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten hatte, mußte noch eine engere Wahl am 10. September 1867 stattfinden, in der Kreutz bei einer außergewöhnlich hohen Beteiligung von 86% (LW 14. 9. 67) mit 54% der abgegebenen Stimmen gewählt wurde (LW 21. 9. 67). In der Stadt Lüdenscheid erhielt Kreutz 762 Stimmen gegen v. Holzbrinck mit 403 Stimmen, in Altena wurde mit großer Mehrheit für v. Holzbrinck gestimmt (LW 21. 9. 67). Die Wahl des Liberalen Kreutz war in Lüdenscheid tatkräftig von H. Noelle jr., dem liberalen Mitglied der Handelskammer, Th. Dicke, Wilh. Gerhards, dem Vorsitzenden der Stadtverordneten von 1859 bis 1864<sup>35)</sup>, u. a. unterstützt worden (LW 31. 8. u. 7. 9. 67). Die Wahl von H. Kreutz war umso bemerkenswerter, als er gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes gestimmt hatte (LW 26. 10. 67). Umso deutlicher wird bei dieser Wahl, daß die Lüdenscheider wieder ihre alten innenpoli-

„Wat sägden Sei? De Tid wear groet?  
Ik säg, de Bismarck is noch gröeter.  
Nu mak'd Ink doch kein Sorg und Noth,  
Hei weat un kennt et alle beater.“

Der konservative Kandidat v. Holzbrinck erhielt in der Wahl vom 12. 2. 1867 bei einer Beteiligung von 70% die absolute Mehrheit. In Lüdenscheid selbst siegte der liberale Kandidat Pastor Florschütz mit mehr als doppelt so viel Stimmen über v. Holzbrinck. Der sozialistische Kandidat, W. Hasenclever, erhielt im ganzen Wahlkreis Altena-Iserlohn 1124 Stimmen, im Kreis Altena 94, in Lüdenscheid nur eine (LW 16. u. 23. 2. 67). Die Wahl brachte insgesamt eine große regierungstreue Mehrheit, so daß die Verfassung des Norddeutschen Bundes bald verabschiedet werden konnte. Für die Haltung der Nationalliberalen war bezeichnend, daß ihr Führer R. v. Bennigsen, der Vorsitzende des Nationalvereins<sup>35)</sup>, auch für die Annahme der Verfassung in den Punkten eintrat, die den liberalen Grundsätzen widersprachen, nur um das Werk der Einigung nicht zu gefährden.

tischen Grundsätze voranstellten, nachdem das Werk der Einigung gesichert war. Sicherlich hatte auch der Hinweis seine Wirkung nicht verfehlt, daß die fortschrittlichen Liberalen gegen eine Erhöhung der Steuern stimmen würden: „Wer ... zu der alten Belastung keine neue haben will und bedenkt, daß wir bei der alten Besteuerung ein großes schlagfertiges Heer schaffen und zwei Kriege ohne Anleihe anfangen konnten, der wähle einen von denen, die sich Fortschrittsmänner oder Demokraten nennen, die wollen von keinen neuen Steuern was wissen, weil sie annehmen, mit dem Vorhandenen sei auszukommen“ (LW 24. 8. 67). Kreutz gehörte zur Fortschrittspartei.

Anders sollten die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus ausfallen, die am 30. Okt. 1867 stattfanden. Das Drei-Klassen-Wahlrecht sorgte hier für eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse. Bei allgemein schlechter Wahlbeteiligung war die Teilnahme der wirtschaftlich schwächsten Klasse naturgemäß am geringsten. Trotzdem wurden in Lüdenscheid selbst 14 Wahlmänner

## Die politische Einstellung der Lüdenscheider Bürgerschaft zwischen 1863 und 1871

Wie wir sahen, war die aktive, im öffentlichen Leben führende Schicht der Stadt politisch in zwei Gruppen geteilt. Die Gegensätzlichkeit der Anschauungen bestand seit der Gedenkfeier vom 17. März 1863.

Die eine Gruppe umfaßte die Regierungstreuen, zu denen naturgemäß die Vertreter der Obrigkeit und ein Teil der Fabrikanten wie W. Turck, C. Basse u. a. gehörten, die 1863 den Nationalverein verlassen hatten. Der „Patriotische Verein“ setzte sich im wesentlichen aus diesen Männern zusammen, die die kämpfenden Soldaten in den Jahren 1863/64 und 1866 in besonderer Weise durch Sammlungen unterstützten. Ihr Ziel war zwar auch die nationale Einigung, aber sie stimmten allen Maßnahmen der Regierung zu und sahen in den Erfolgen von 1864 und 1866 die Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Haltung. Soweit es sich um Fabrikanten handelte, beherrschten sie die Handelskammer in Lüdenscheid. Als Kaufleute waren sie liberalen Gedankengängen offen, hielten es aber für opportun und waren nüchtern und „realpolitisch“ genug, in der Unterstützung der Regierung den besseren Weg zu sehen. Die gesamte Gruppe trat ein für einen kraftvollen Staat mit starker Regierungsgewalt und star-

der Fortschrittspartei und nur 10 von den Regierungstreuen gewählt (LW 16. 11. 67). Bei der endgültigen Wahl am 7. Nov. in Iserlohn hatten jedoch die regierungstreuen Wahlmänner die Mehrheit und wählten die Kandidaten C. Overweg aus Letmathe und H. Thomée aus Werdohl gegen den liberalen Kandidaten H. Kreutz (LW 9. 11. 67). Der Niederlage von H. Kreutz entsprach der Wahlausgang in ganz Preußen: die Fortschrittspartei erlitt erhebliche Verluste (LW 16. 11. 67).

Die beiden politischen Richtungen in Lüdenscheid sind bei dieser Wahl namentlich zu fassen. Zu den Wahlmännern der Fortschrittspartei gehörten u. a. die Mitglieder der Familie Noelle, deren kompromißlose Haltung wir schon 1863 kennen gelernt hatten: August Noelle und sein Onkel, der Rentner Wilh. Noelle (LW 26. 10. 67), der mit seinem Bruder Caspar die Teilnahme an der Gedenkfeier v. 17. März 1863 und die Annahme der Gedenkmünze verweigert hatte<sup>37)</sup>. Hinter ihnen standen Th. Dicke, C. Berg, W. Brauckmann u. a. (LW 2. 11. 67). Ihre Gegner, die die Kandidatur von Overweg und H. Thomée unterstützten, waren die Spitzen der Behörde und der Kreis um W. Turck und C. Basse (LW 26. 10. 67). Die Wahl Overwegs und Thomées bedeutete keine Festlegung für eine bestimmte Partei. Ueberhaupt wurden damals in erster Linie Männer gewählt, deren politische Ueberzeugung man kannte und billigte, nicht Parteien. Auch H. Kreutz, der seit ihrer Gründung zur Fortschrittspartei gehörte und ihr nach 1866 treu geblieben war, schloß sich ihr nicht in allen Fragen an (LW 25. 2. 71). C. Overweg hatte sich nach 1866 von der Fortschrittspartei getrennt (LW 1. 3. 71), ohne sich für eine bestimmte andere Partei zu erklären. Auch Thomée trat nicht als Kandidat einer bestimmten Partei auf. Beide wurden empfohlen, weil sie „bei aller Wachsamkeit für die Rechte des Volkes, den Geist ruhiger Würdigung und Versöhnlichkeit in die Kammer mitbringen ...“ (LW 26. 10. 67). Demnach standen sie zwischen Fortschrittspartei und Konservativen<sup>38)</sup>. Im neuen Abgeordnetenhaus schloß sich Overweg, der Rittergutsbesitzer aus Letmathe, keiner Fraktion an, während Thomée dem Zentrum beitrug (LW 5. 12. 68), mit dem man damals die gemäßigten Altliberalen bezeichnete. Overweg war also kein Nationalliberaler. Erst 1871 scheint sich Overweg dieser Partei angeschlossen zu haben<sup>39)</sup>.

kem Heer. Politisch gehörten sie, wie die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867 zeigten, teils zu den Konservativen bzw. späteren Freikonservativen (nach 1866), teils zu den verschiedenen Gruppen der Altliberalen, dem „Zentrum“ des Abgeordnetenhauses. Die Wahlen im Herbst 1867 zeigten auch, daß ihr Anhang unter normalen Verhältnissen in der Stadt geringer war als der der anderen Gruppe. Beiden Gruppen gemeinsam war die Begeisterung für die nationale Einheit und daher für die Erfolge der Jahre 1864 und 1866.

Die andere Gruppe bestand im wesentlichen aus den jüngeren Kaufleuten und Fabrikanten der Stadt, die sich um die Familie Noelle sammelte. Zu ihnen gehörten August Noelle, Heinrich Noelle jr., Th. Dicke, Wilh. Gerhards, der am 27. April 1870 starb, C. Berg, W. Brauckmann u. a. Sie traten für die nationale Einigung ein, aber nur auf libera-

35) Der Nationalverein löste sich gegen Ende des Jahres in Kassel auf (LW 16. 11. 1867).

36) mit kurzer Unterbrechung im Jahre 1861 (StA Lüd 1416).

37) „Der Feldmeister“ Nr. 15 v. 9. 11. 1860, S. 8.

38) vgl. LW 23. 11. 1867.

39) vgl. Anm. 5 u. Hostert, S. 130.



ler Basis und gegen die Regierung, die ihre Grundsätze ablehnte. Ihre Frauen boykottierten daher 1864 die Sammlungen für die in Schleswig-Holstein kämpfenden Soldaten<sup>40</sup>). Zwar erkannten sie nach 1864 und noch mehr nach 1866 die nationalen Erfolge der Politik Bismarcks an, aber ihr Widerstand in innenpolitischen Fragen blieb. Recht ging ihnen vor Macht; deshalb nannten ihre Gegner sie „Prinzipienreiter“ und „Doktrinäre“. Politisch forderten sie einen zentralistischen Staat mit dem Schwergewicht beim Parlament und begründeten das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für den norddeutschen Reichstag. Diese „Demokraten“ hatten ihre Heimat in der Fortschrittspartei. Titel und Orden bedeuteten ihnen nichts. Gerade die Schwäche für diese Auszeichnungen verspotteten sie bei ihren Gegnern. Sie machten sich lustig über das militärische Gehabe und die Dienstgrade des Schützenvereins: „Die ersten Mienen... mit denen diese Titulaturen gegeben und angenommen, und die Aengstlichkeit, mit der sie beobachtet werden, müssen den Unbefangenen auf eine partielle Erschütterung der Gehirnmasse der befiederten, mit Epauletten und Schleppsäbel versehenen Personen führen... Auffallend muß es erscheinen, wie in dieser ersten Zeit solch kindische Feste in Orten Anklang finden, deren Bevölkerung auf einer unserer Zeit entsprechenden Bildungsstufe steht.“ (LW 6. 8. 64). Der Vorstand beklagt sehr die „noch immer fortbestehende Abneigung der höheren Bürgerklassen gegen den Verein...“ (LW 6. 8. 64).

Auch dem preußischen Militär gegenüber waren diese Demokraten sehr reserviert. Zwar hielten sie das Heer für eine notwendige Institution, aber „dauernde Werke sind, auch nach den größten Kriegsthaten, stets nur durch die Arbeit des Friedens zu Stande gebracht und gesichert worden“ (LW 19. 1. 67). Was sie am preußischen Heer schätzten, war die Grundlage der Bildung, die es durch die mit Scharnhorsts Namen verknüpfte Heeresorganisation nach 1807 in seinem Offizierskorps erhalten hatte<sup>41</sup>). Das Berufssoldatentum wurde mit Mißtrauen betrachtet. Als während des Verfassungskonfliktes auf einer Landwehrversammlung in Werdohl der zuständige Offizier die Fortschrittspartei angriff, kam es sofort zu einer scharfen Reaktion im Lüdenscheider Wochenblatt<sup>42</sup>). Militärdienst war ein notwendiges Uebel, das so kurz wie möglich zu sein hatte, um nicht in Gamaschendienst auszuarten<sup>43</sup>). Sie sahen sehr deutlich, daß ein Uebergewicht der Militärs zum Nachteil für den Staat ausschlagen konnte, mindestens aber im übrigen Deutschland und der Welt Abneigung erregen mußte: „Gegen preußisches Wesen und preußische Institutionen hat die große Masse der übrigen Deutschen eine sehr große Scheu, und wer der Sache auf den Grund geht — man frage in Hannover wie in Württemberg, in Schleswig-Holstein wie in Hamburg — wird in dem übermäßigen Druck unserer Militärlast und dem durch das Ueberwiegen des Soldatenwesens unseren Verhältnissen aufgedrückten Typus die Hauptsache erkennen.“ (LW 18. 11. 65). Sie konnten nicht wissen, daß Bismarck ebenfalls den Einfluß der Militärs bekämpfte, ohne ihm jedoch wirksam begegnen zu können<sup>44</sup>).

Die führenden Lüdenscheider Bürger gehörten also entweder konservativen und altliberalen Richtungen an oder waren Anhänger der Fortschrittspartei. Obwohl manche Gedankengänge Ähnlichkeiten aufweisen, ist eine ausgesprochen nationalliberale Richtung in Lüdenscheid in den Jahren zwischen 1867 und 1871 nicht nachweisbar. Deren Schwerpunkt lag mehr in den neuen preußischen Provinzen<sup>45</sup>).

Anders war die Haltung der übrigen Lüdenscheider Bevölkerung zum preußischen Militär: weniger grundsätzlich und überlegt. Zwar empfanden sie die Härte der preußischen Dienstpflicht auch oft als drückend,

zumal viele Familien bei der unzureichenden öffentlichen Unterstützung oft in große Not gerieten, wenn der Ernährer eingezogen wurde. Auch nahm die Behörde wenig Rücksicht auf dringende private Anliegen bei der Einziehung zum Wehrdienst<sup>46</sup>). Aber die Erfolge der preußischen Waffen führten gerade in dieser Schicht der Bevölkerung zu großer, spontaner Begeisterung, die sich auch in der Beteiligung an den Gedenkfeiern zeigte. Die gedienten Soldaten traten vielfach dem Kriegerverein bei; die Schützenfeste standen ganz im Dienst der Erinnerung an die vollbrachten militärischen Erfolge<sup>47</sup>). Die so erbittert bekämpfte Heeresreform war für die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung nicht ohne Vorteile, denn so wurden mehr unverheiratete junge Leute einberufen, während die Familienväter eher ihren Familien erhalten bleiben konnten<sup>48</sup>). Das Interesse an allem Militärischen zeigte sich während des

Die politischen Auseinandersetzungen in der führenden Schicht Lüdenscheids, die im Jahre 1863 ihren Höhepunkt erreicht hatten, nahmen nach 1864 und noch mehr nach 1866 im ganzen ab. Auch die Demokraten versuchten, sich im Hause des Norddeutschen Bundes wohllich einzurichten, da „der neue Zustand der Dinge auf vollkommen gesetzlichem Wege ins Dasein getreten ist...“, wenn auch ihre Forderungen dabei nicht erfüllt worden waren (LW 4. 1. 68). Im gleichen Maße aber, wie als Folge der Neuordnung die innenpolitischen Gegensätze an Schärfe verloren, traten die Auseinandersetzungen um die anwachsende sozialistische Bewegung in den Vordergrund. Immer häufiger und umfangreicher erscheinen im Lüdenscheider Wochenblatt Aufsätze, Notizen und Meldungen zur Arbeiterfrage. Dabei wird von einer politischen Tätigkeit der neuen sozialistischen Bewegung in Lüdenscheid selbst kaum etwas berichtet. Dem „Patriotischen Verein“ blieb es vorbehalten, in seiner Sitzung vom 27. 4. 1864 als erster ein Referat über die Arbeiterfrage zu hören (LW 23. 4. 64).

Mit einem Verdienst von 3—5 Talern, d. h. 8—13 Mark in der Woche in seinen besten Jahren (LW 11. 3. 65) konnte ein Arbeiter nur schwer das Existenzminimum seiner Familie bestreiten, wenn wir hören, daß ein Roggenbrot zu 7 Pfund in normalen Zeiten 5—6 Silbergroschen, d. h. 50—60 Pfennig kostete. Entsprechend waren die Wohnungen der Arbeiter eng und schlecht<sup>49</sup>), weil sie billig sein mußten. Kein Wunder, daß bei diesen Lebensbedingungen ansteckende Krankheiten verbreitet waren und besonders unter den Kindern ihre Opfer forderten. Viele Arbeiter, denen es an innerem Halt fehlte, griffen in diesem Elend zur Schnapsflasche. So finden wir immer wieder Berichte über die weitverbreitete Trunksucht<sup>50</sup>), die dann oft in Schlägereien ausartete, die wiederum die Gerichte beschäftigten<sup>51</sup>). In Lüdenscheid entfiel bei 5600 Einwohnern im Jahre 1860 auf je 1288 Einwohner eine Kleinhandlung, aber auf je 162 Einwohner eine Wirtschaft<sup>52a</sup>). Besonders auf den Schützenfesten scheint es zu alkoholischen Exzessen gekommen zu sein, wie aus verschiedenen Artikeln im Lüdenscheider Wochenblatt hervorgeht<sup>53</sup>). Was in Alkohol umgesetzt wurde, fehlte den Hausfrauen an Wirtschaftsgeld, so daß das Borgwesen ungeahnte Blüten trieb und zu immer weiterer Verschuldung führte (LW 11. 3. 65). 1863 mußte eine Anordnung des Bürgermeisters Nottebohm gegen die auffällig zugenommene Bettelei erfolgen (LW 17. 1. 63). Die nach den Kriegen von 1864 und 1866 eintretende wirtschaftliche Krise mit Arbeitslosigkeit und einer Teuerung<sup>54</sup>), die Ende 1867 den Preis für ein Roggenbrot zu 7 Pfund auf 8½ Silbergroschen, d. h. ungefähr 85 Pfennig trieb (LW

schleswig-holsteinischen Krieges auch ganz naiv in der Ausstellung einer dänischen Granate in der Wirtschaft Knobel (LW 9. 4. 64) und in der Zeitungsreklame für das „Düppeler Sieges Spiel“, mit dem man die einzelnen Phasen des Feldzuges nachvollziehen konnte, „um schließlich, ist man nicht nach dem Lazareth transportiert worden, als Sieger die Düppeler Schanzen zu erstürmen oder in Friederica einzuziehen“ (LW 16. 12. 65).

Politisch traten diese Schichten der Lüdenscheider Bevölkerung — Kleinbürger und Arbeiter — nicht hervor. Das zeigt sich schon an der notorisch geringen Beteiligung an den Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus nach dem Drei-Klassen-Wahlrecht. Von der 3. Klasse nahmen 1864 nur 27—28% teil (LW 15. 10. 64), was im Vergleich zur Beteiligung im Jahre 1852 allerdings noch als gut zu bezeichnen war<sup>49</sup>).

## Die Arbeiterfrage<sup>50</sup>)

29. 2. 68), verschärfte die Not außerordentlich. Trotzdem hören wir bis 1870 nichts von einer radikalen Bewegung unter den Lüdenscheider Arbeitern. Der im November 1848 gegründete Arbeiterverein hatte keinen Boden fassen können<sup>55</sup>). Das ist um so erstaunlicher, als es in Iserlohn, dem nördlichen Nachbarn Lüdenscheids, 1849 zu einem Aufstand und schon in den Jahren vor 1870 zu einer regen sozialistischen Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kam. Allerdings hatte Iserlohn wesentlich mehr Industrie als Lüdenscheid<sup>57</sup>).

Die Gründe für diese Zurückhaltung der Lüdenscheider Arbeiter waren verschiedener Art. Lüdenscheid besaß noch einen ausgesprochen ländlichen Charakter: bei 7301 Einwohnern Ende 1867 belief sich der Viehbestand auf 82 Pferde, 250 Stück Rindvieh, 634 Ziegen und 603 Schafe (LW 14. 12. 67), d. h. fast jede Lüdenscheider Familie hatte ein Schaf oder eine Ziege, die „Kuh des kleinen Mannes“, und sicherlich auch noch eine entsprechende Fläche Gartenland, wie es ja bis in die Gegenwart üblich gewesen ist. Das Einkommen der Familie ließ sich durch die gerade hier weit verbreitete Frauen- und Kinderarbeit, die durch die Eigenart der Lüdenscheider Industrie in besonderer Weise ermöglicht wurde, beträchtlich erhöhen, ganz abgesehen davon, welche schädlichen Folgen gerade die Kinderarbeit von 12 Jahren an hatte. Schon damals spielte die Heimarbeit eine große Rolle, und nicht selten stieg auf diese Weise das Einkommen einer Familie auf 8—10 Taler, d. h. 20—

40) StA Lüd 1804.

41) vgl. LW 23. 3. 1867 Beilage: „Die preußische Volksschule und der letzte Krieg“.

42) LW 16. 4. 30. 4., 14. 5. 1864.

43) LW 18. 11. u. 16. 12. 1865.

44) Im Jahre 1883 erhielt der Generalstabschef das Recht des Immediatvortrags beim Kaiser; vgl. O. Becker, Bismarcks Ringen, S. 196 u. Gordon A. Craig, Die preußisch-deutsche Armee 1640—1945.

45) vgl. Bußmann, Zeitalter Bismarcks, S. 94.

46) z. B. Ablehnung der Reklamation des Lehrers Loebebrück, StA Lüd 1804.

47) LW 6. 8. 1864.

48) LW 27. 2. 1864: „Zur Tagesgeschichte“.

49) vgl. Sauerländer, 1848—50, S. 67.

50) vgl. Sauerländer, Die Anfänge der sozialistischen Bewegung im Raum Altena—Lüdenscheid—Iserlohn, in: „Der Reichsdemokrat“ Nr. 5 v. 19. 11. 1957.

51) vgl. die Klage über die schlechte Ausführung von Bauten für Arbeiterfamilien in StA Lüd 3400.

52) LW 23. 4. 1864 über Altena; LW 5. 8. 1865 „Zur Arbeiterfrage“; vgl. auch Schulte, Volk und Staat, S. 140, u. Hostert S. 141.

53) vgl. die Berichte über die Verhandlungen des Kreisgerichts im LW Jg. 1859 u. 1860.

53a) LW 5. 5. 60, wo im einzelnen unterschieden wird zwischen Gastwirtschaften, deren Zahl durch den Charakter Lüdenscheids als Messestadt bestimmt war, u. sonstigen Schank- und Speisewirtschaften.

54) LW 30. 6., 18. 8. u. 25. 8. 1860.

55) vgl. HK 1867/68, S. 1 u. den Jahresbericht des Spar- und Konsumvereins der Fa. P. C. Turck im LW 14. 3. 1858.

56) s. Sauerländer, 1848—50, S. 42 f.

57) vgl. Schulte, Volk und Staat, S. 317.



25 Mark pro Woche<sup>58</sup>). Die Fabrikherren selbst hatten schon 1830 eine Fabriken-Unterstützungskasse eingerichtet (LW 3. 3. 60), deren Mitgliedschaft für die Arbeiter Pflicht war und das Schlimmste verhüten konnte. Außerdem bestanden seit 1863 der Lüdenschneider Konsumverein<sup>59</sup>), seit 1864 der Konsumverein der Fa. P. C. Turck<sup>60</sup>) mit einer Bausparkasse, die es sich zum Ziele setzte, den Arbeitern preiswerte Eigenheime zu verschaffen und mit dieser Form der Eigentumsbildung durchaus schon moderne Ideen vertrat. Sicherlich gab es hier noch eine enge menschliche Beziehung zwischen Fabrikherrn und Arbeiter, die in manchem dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Gutsherrn und Gesinde ähnelte, auch in der Fürsorge für den Untergebenen. Daran hatte sich offenbar seit 1848, als in Lüdenschheid „Arbeiter mit ihren Fabrikherren in dem konstitutionellen Verein zusammengingen“<sup>61</sup>), wie es sonst nicht der Fall war, nichts geändert. Gemeinsam wurden die Arbeitsjubiläen festlich begangen. Bei einer solchen Gelegenheit wird uns berichtet, daß die Hälfte der Arbeiter schon über 25 Jahre an der gleichen Arbeitsstätte war (LW 5. 3. 64).

Erst bei der Wahl zum verfassungsgebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im Jahr 1867 versuchten der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein oder die Lassalleaner, wie sie nach ihrem Gründer Lassalle genannt wurden, in Lüdenschheid Fuß zu fassen.

Lassalle forderte Staatshilfe für die Arbeiter<sup>62</sup>), damit sie nicht länger dem „ehernen Lohngesetz“, d. h. den Wechselfällen des Angebots von Arbeitskraft und Arbeit ausgeliefert waren. Jedoch war Lassalle im Gegensatz zu den späteren Sozialdemokraten für Eigentum und einen nationalen Staat. Da er die wirtschaftlichen Auffassungen der Fortschrittspartei bekämpfte, kam es während des Verfassungskonfliktes zu einer Annäherung zwischen Bismarck und Lassalle. Von der Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Liberalen erzählt ein Bericht von einer Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Solingen, die in Tumulte ausartete und aufgelöst werden mußte. Lassalle schickte folgendes Telegramm an Bismarck: „Fortschrittlicher Bürgermeister hat soeben an der Spitze von zehn mit Bajonettgewehren bewaffneten Gensd'armen und mehreren Polizisten mit gezogener Säbel von mir einberufene Arbeiter-Versammlung ohne jeden gesetzlichen Grund aufgelöst... Mit Mühe das Volk — an 5000 Mann... — von Thätlichkeiten abgehalten.“ (LW 3. 10. 63).

Der Kandidat der Lassalleaner in Lüdenschheid war Wilh. Hasenclever, der früher Gerbergeselle in Gevelsberg gewesen war und nun nach seiner Tätigkeit in der Redaktion des Hagener Kreisblattes in Halver als Handwerker lebte (LW 9. 2. 67). Er erhielt bei der Wahl zum verfassungsgebenden Reichstag in Lüdenschheid nur eine Stimme. Auch dies Ergebnis zeigt, daß die Arbeiterschaft in Lüdenschheid für sozialistische Ideen noch nicht aufgeschlossen war, sondern, „so weit sie überhaupt politisch interessiert war, damals hinter der liberalen Fortschrittspartei und vor allem hinter Schulze-Delitzsch und seinen Genossenschaften stand...“<sup>63</sup>). Der Gedanke der Selbsthilfe im Gegensatz zu der von den Sozialisten verlangten Staatshilfe, der unter dem Einfluß von Schulze-Delitzsch in Lüdenschheid von den Unternehmern immer wieder propagiert wurde und in der Errichtung der Unterstützungskassen und Konsumvereine Gestalt gewann, hatte auch hier die Arbeiterschaft noch hinter sich, die damit die Bemühungen von Schulze-Delitzsch anerkannte, „die liberale Partei zugleich zu einer demokratischen zu machen“<sup>64</sup>). Seine These, daß der Arbeiter „den Marschallstab im Tornister trage, daß er vielleicht ein selbständiger Unternehmer werden könne — das machte ihn (und seine Partei)

# Sieges- und Friedens-Fest

## der Stadt- u. Landgemeinde Lüdenschheid.

### Programm zur Feier:

Das Sieges- und Friedensfest wird am 6. und 7. August d. J. in der Schützenhalle hier selbst gefeiert werden.  
Das Fest wird Abends vorher durch Kanonade und durch einen großen Zapfenstech, ausgeführt von der Militär-Capelle des 16. Infanterie-Regiments, angekündigt.

**I. Am 6. August, Morgens früh**  
**Glockengeläute, Revue und Kanonendonner.**  
10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr feierlicher Festgottesdienst in beiden Kirchen und Ansprache daselbst an die Krieger. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Decoration der Krieger auf'm Carlöplaz  
unter Musikbegleitung; darauf Ordnung des Festzuges, denselben eröffnet der Reiterzug; darauf folgt das Schützen-Bataillon, dann die Ehrenmänner und die Behörden von Stadt und Land und das Fest-Comité, Militär-Musik-Chor, Behrverein, Krieger-Bataillon, Veteranen, Gesang-Vereine, zweites Musik-Chor, Gewerke mit ihren Emblemen, Turnverein und Anschluß aller Festfreunde. Der Zug begibt sich durch die Wilhelm- und Hoherstraße nach dem Lob zur Grundsteinlegung des Denkmals sowie Einweihung der Friedens-Gäbe. Demnach geht der Zug unter den Klängen des Liedes: „Die Wacht am Rhein“ zum Schützenplaz; hierauf Rückmarsch des Schützen-Bataillons mit Musik nach dem Carlöplaz und Auflösung desselben. Mittags 2 Uhr beginnt das

## Fest-Essen

und dauert bis 4 Uhr. Demnach allgemeiner Spaziergang über's Lob mit Musik. 5 Uhr

## CONCERT und später BALL.

**II. Am 7. August, Morgens von 11 bis 12 Uhr**  
**Parade-Musik**  
auf dem Rondell in den Anlagen am Carlöplaz; das zweite Musik-Chor macht unterbeß auf'm Schützen-Plaz  
**HARMONIE-MUSIK.**  
Nachmittags 3 Uhr  
**Concert und fest-Kaffee. Abends Ball.**  
5 Uhr Nachmittags  
**Aufsteigen von Pariser Luftballons und später brillantes Feuerwerk.**  
Kinder unter 14 Jahren haben zu den Bällen keinen Zutritt.  
Der Preis des Mittagessens incl. 1/2 Flasche Wein 25 Sgr.  
Entree beträgt an beiden Tagen für Concert und Ball 10 Sgr. pro Herr und 5 Sgr. für jede Dame.  
Krieger erhalten für sich und eine Dame Freibillets.  
Die sämtlichen hier vorhandenen Vereine werden freundlichst ersucht, sich in bestimmter Ordnung unter Leitung des Herrn Postdirectors, Hauptmann v. Knoblauch, dem Zuge durch die Stadt mit ihren Fahnen anzuschließen.  
Lüdenschheid, den 27. Juli 1871.

## Das Fest-Comité.

Anzeige im Lüdenschneider Wochenblatt vom 29. Juli 1871

bei den Arbeitern populär“<sup>65</sup>). Zwar fanden im Februar und Mai 1868 in Lüdenschheid Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt, in denen C. W. Tölcke aus Iserlohn, der zeitweilige Führer des Vereins, und ein Herr Klein aus Elberfeld sprachen<sup>66</sup>). Das Lüdenschneider Wochenblatt berichtet jedoch nicht darüber. Die Agitation ging also weiter, blieb aber vorläufig ohne Erfolg<sup>67</sup>). Größere Stoßkraft erhielt sie erst durch den Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Lassalleanern im Jahre 1875.

## Der Krieg von 1870/71 und die Reichsgründung

In den Jahren nach 1866 breitete sich eine innenpolitische Ruhe aus, die bis tief in das Jahr 1870 hinein dauerte und nur von gelegentlichen Streiks unterbrochen wurde<sup>68</sup>). Nur wenig war aus Norddeutschland zu berichten (LW 6. 4. 70). Der ersehnte Anschluß der süddeutschen Staaten verzögerte sich immer mehr und „im Ganzen liegen die Verhältnisse so, daß ein Anstoß von Außen erst die Deutschen in die Arme der Deutschen treiben wird“ (LW 1. 1. 70 „Rückblick“). Auch in der Außenpolitik ereignete sich wenig, nachdem die Luxemburger Krise von 1867, die deutlich das durch 1866 veränderte Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich

gezeigt hatte, vorübergegangen war. Zwar betrachtete noch ein Jahr später das Lüdenschneider Wochenblatt

58) HK 1870, S. 29.

59) vgl. Festschrift des Lüdenschneider Konsumvereins 1913.

60) vgl. Strodel, S. 145.

61) Schulte, Volk und Staat, S. 244.

62) vgl. Mommsen, Parteiprogramme, S. 92 ff.

63) Mommsen, Bismarck, S. 78 f.; vgl. auch LW 9. 2. 1867 Artikel über „Die Reichstagswahlen“.

64) Richter, Bismarck und die Arbeiterfrage, S. 2.

65) ebd., S. 6.

66) LW 15. 2. v. 30. 5. 1868.

67) Bei den Wahlen zum 1. deutschen Reichstag im März 1871 erhielt Klein in Lüdenschheid 2 Stimmen (LW 8. 3. 1871).

68) LW 3. 10. 1868, 20. 4., 1. 6., 15. 6. und 22. 6. 1870.



scheider Wochenblatt das Verhältnis zu Frankreich und die Entwicklung in Frankreich selbst voller Sorgen: „Es läßt sich nicht verkennen, daß eine starke Partei in dem Nachbarlande sich in die durch das Jahr 1866 herbeigeführte Umgestaltung der politischen Verhältnisse Europas nicht zu finden weiß und darüber nachsinnt, wie das nach ihrer Ansicht erschütterte Französische Prestige... wieder hergestellt werden könne... Nichts Verhängnisvolleres, Verderblicheres könnte sich aber ereignen, als wenn zwei so hochgebildete Kulturvölker, wie das Deutsche und das Französische, in einen physischen Kampf mit einander geriethen. Gewinnen könnte dabei keine von beiden Nationen viel, wohl aber jede viel verlieren. In Deutschland ist diese Einsicht zum Glück weit verbreitet, ... Wohl aber müssen wir uns auf Alles gefaßt machen und sind entschlossen zur Abwehr jedes unmotivierten Angriffes, also namentlich auch jeder fremden Einmischung in den Prozeß unserer nationalen Einigung...“ (LW 5. 9. 68). Aber dann herrschte auch hier völlige politische Stille, die dann plötzlich Anfang Juli 1870 durch die Nachricht von der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern einer fieberhaften Aufregung wich (LW 9. 7. u. 13. 7. 70). Am 19. Juli kam die Kriegserklärung Frankreichs, die „wie der Blitz aus heiterem Himmel erschien... ohne daß eine diesseitige Provocation auch nur im Entferntesten vorliegen konnte, wie uns durch ein Königswort verbürgt ist“<sup>69</sup>).

Diesem Vorgehen Frankreichs folgte in Deutschland eine gewaltige Begeisterung. „Niemals hat ein Krieg solche Sympathien im Herzen des Volkes gefunden, mag es nun schlagen unter dem Purpurnmantel, oder unter dem schlichten Kittel des Arbeiters“ (LW 20. 7. 70). Die Erinnerung an die Befreiungskriege wurde wieder wach; Frankreich erschien von neuem als der „Erbfeind“. In Adressen an den König gelobten die Lüdenscheider „in dem bevorstehenden ‚heiligen‘ Krieg alle Opfer (zu) bringen...“<sup>70</sup>. Wieder erfolgten die Aufrufe zu Sammlungen von Liebesgaben, zu Sach- und Geldspenden, um zu beweisen, „daß unsere Begeisterung, die überall... laut wird, einen tieferen Grund hat, ... daß wir werth sind unserer Brüder und Söhne, die kampfesmuthig mit freudigem Herzen hinausziehen zum blutigen Kampfe gegen den Erbfeind unseres Vaterlandes“ (LW 20. 7. 70). Dieses Pathos lag weniger dem, der als Soldat Abschied von seiner Familie nehmen mußte und einer ungewissen Zukunft entgegenseh: „Schwere Opfer sind gebracht, schwerere, unersetzliche werden bald gefordert werden. Dunkel liegen die Ereignisse der nahen Zukunft vor uns. Und dennoch bietet unser Vaterland in diesem Augenblick nicht ein Bild der Niedergeschlagenheit und der Trauer; ...“. Zu sehr bewegte alle das Erlebnis eines geeinten Vaterlandes: „Das zu erleben, alle deutschen Stämme in demselben glühenden Gefühle verbunden, alle die einzelnen Truppen zu einem gewaltigen deutschen Heere willig vereinfigt zu sehen, das ist ein Segen des uns aufgezwungenen Krieges, welcher auch für schwere Wechselfälle des Kampfes einen herrlichen Ersatz bieten würde“ (LW 3. 8. 70). Der Kampf war schwer. Von 314 eingezogenen Lüdenscheidern fielen 20<sup>71</sup>).

Der Geist der Einigkeit zeigte sich jetzt auch in den Parteien, die in Lüdenscheid seit 1863 so unversöhnlich einander gegenüberstanden hatten. Als mitten im Kriege Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus ausgeschrieben wurden, schlug das demokratisch-liberale Lüdenscheider Wochenblatt ein Zusammengehen vor: „Da demnach die ‚liberale Partei‘ ihr Entgegenkommen an den Tag legt, indem sie einen von der konservativen Partei aufgestellten Kandidaten selbst acceptirt, so hoffen wir, daß die alten Schlagwörter ‚liberal‘ und ‚konservativ‘ nicht länger in unserm Wahlkreis zwei getrennte Heerlager bedeuten mögen; daß die Aus-

gleichung der alten Parteien, welche sich der großen Ereignisse der letzten Vergangenheit gegenüber zu vollziehen beginnt und bei der Unterstützung der Krieger etc. schon so Großes bewirkt hat, ... auf eine friedliche Ausgleichung einwirken möge. — Wir laden daher die Wahlmänner aller Parteien ein, sich zu vereinigen auf die beiden Kandidaturen der Herren Carl Overberg und Heinrich Kreuz“ (LW 16. 11. 70). Wie sehr dieser Appell auf fruchtbaren Boden fiel, zeigt die Mitgliederliste der Handelskammer von 1872, in der Aug. Noelle als Vorsitzender und Kommerzienrat W. Turck als Stellvertreter erscheinen<sup>72</sup>). 9 Jahre des politischen Kampfes gegeneinander hatten damit ihr Ende gefunden.

Was die Lüdenscheider empfanden, brachte Ph. Schwarzhaupt im Lüdenscheider Wochenblatt v. 22. 8. 70 in einem Gedicht zum Ausdruck, dessen letzte Strophen hier folgen mögen:

„Was ist des Deutschen Vaterland?  
Jetzt wird es endlich neugeboren,  
Dort in dem heißen Schlachtenbrand,  
In Frankreich's weit verschloss'nen Thoren.  
Kein Baier und kein Schwabe mehr,  
Kein Nord und Süd, das feindlich dächte,  
Wir kämpfen jetzt ein einzig Heer,  
Für Deutschlands Macht und  
Deutschlands Rechte.

Wir kämpfen, daß der Tag erscheint,  
Der unsre tiefsten Wünsche kröne,  
Dann sieht, die lang getrennt, vereint,  
Germania die theuren Söhne,  
Legt segnend ihre Hände drauf.  
O! könnten's unsre Väter schauen,  
Schon steigt im fernen Westen auf,  
Des neuen Reiches Morgengrauen.“

Der Tag war nicht mehr fern. Am 18. Januar 1871 erfolgte die Kaiserproklamation und damit die Gründung des Deutschen Reiches. Das Lüdenscheider Wochenblatt brachte dieses Ereignis mit den Worten: „Ein großes geeintes Deutschland ist die beste Bürgschaft des Friedens und somit begrüßen wir den ersten Deutschen Kaiser der Hohenzollern, geschmückt mit dem Ölzweige des Friedens, als Schirmer des Rechts und als Förderer der Freiheit. Das walte Gott“ (LW 21. 1. 71).

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellen:

- „Lüdenscheider Wochenblatt“ Jg. 1863, 1864, 1865, 1867, 1868, 1870, 1871 (die Jg. 1866 u. 1869 sind nicht mehr erhalten) zitiert: LW (mit Datum).
- „Wochenblatt für den Kreis Altena“ Jg. 1864 u. 1869, zitiert: WA (mit Datum).
- Jahresberichte der Handelskammer des Kreises Altena in Lüdenscheid pro 1866/67, 1867/68, 1868/69, 1870, 1872 (für 1871 ist kein Bericht erschienen), zitiert: HK (mit Jahrgang).
- Stadtarchiv Lüdenscheid (zitiert StA Lüd):  
1804: Die Mobilmachung der Armee 1850—66.  
1416: Protokollbuch der Stadtverordneten von 1895 bis 1877.  
1807: Erinnerungsblatt an die Kriegsjahre 1866/1870—71.  
1808: Die Mobilmachung zum Zweck des Krieges gegen Frankreich 1870/71.  
3400: Acta betr. den Bau von Actien-Häusern für Arbeiter-Familien auf dem Knapp und auf der Cluse.
- W. Mommsen: Deutsche Parteiprogramme. Eine Auswahl vom Vormärz bis zur Gegenwart. München 1952.

### Literatur:

- O. Becker: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Heidelberg 1958.
- W. Bußmann: Das Zeitalter Bismarcks. Hdbuch d. Dt. Gesch., Bd. 3, 2. Teil. Konstanz 1956.
- Gordon A. Craig: Die preußisch-deutsche Armee 1640 bis 1945. Staat im Staate. Düsseldorf 1960 (Titel des Originals: The Politics of the Prussian Army. Oxford 1955).
- W. Hostert: Die Entwicklung der Lüdenscheider Industrie vornehmlich im 19. Jahrhundert. Diss. Münster 1960, zitiert: Hostert.
- 50 Jahre Lüdenscheider Konsumverein 1863 bis 1913. Lüdenscheid 1913.
- W. Mommsen: Bismarck. München 1959.
- „Der Reidemeister“. Geschichtsblätter f. Lüdenscheid Stadt u. Land. Nr. 5 v. 19. 11. 1957 u. Nr. 15 v. 9. 11. 1960.
- A. Richter: Bismarck und die Arbeiterfrage im preußischen Verfassungskonflikt. Stuttgart 1935.
- W. Sauerländer: Das politische Leben in Lüdenscheid während der Revolutionsjahre 1848—1850 (Heft 6 der Lüdenscheider Beiträge), zitiert: Sauerländer, 1848—50.
- W. Schulte: Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Regensburg/Münster 1954.
- H. v. Srbik: Die Schönbrunner Konferenzen im August 1864. HZ 153, 1935.
- R. Stadelmann: Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik, Beiheft 29 der HZ, München 1933.
- H. Strodel: Chronik der Stadt Lüdenscheid, Lüdenscheid 1929, zitiert: Strodel.

69) HK 1870, S. 3.

70) StA Lüd 1808.

71) StA Lüd 1807.

72) HK 1872, S. 91.

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein  
Schriftleitung: Wilhelm Sauerländer  
Druck: Lüdenscheider Verlagsgesellschaft

Unsere Freunde und Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß am 23. November, 20 Uhr, im Glatzer Saal (Stadthaus) der Universitätsprofessor **Dr. Max Braubach** über das Thema spricht:

## Am Hofe des Kurfürsten-Fürstbischofs Clemens-August Ein Bild rheinisch-westfälischer Kultur des 18. Jahrhunderts

(mit Lichtbildern!)

Herr Professor Braubach hat schon in seinen „Kurkölnischen Miniaturen“ (Aschendorff, Münster) in lebendiger Art „die Menschen und das Leben im westdeutschen Raume in der Periode der Auseinandersetzung zwischen höfisch-aristokratischer Herrschaft und vordringender Aufklärung gezeichnet“. Er wird ein abgerundetes Bild von dem Kurköln und Münster des 18. Jahrhunderts bringen.